

BASis Info 4/2011

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagabgeordneten Bärbel Bas

SPD

06.05.2011



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

bei schönstem Wetter haben wir am Tag der Arbeit im Duisburger Landschaftspark für gute Arbeit demonstriert und deutlich gezeigt: Die SPD steht an der Seite der Gewerkschaften, wir sind die Partei der Arbeitnehmer.

Der Wirtschaftsaufschwung ist robust und die Arbeitsmarktzahlen machen auch in Duisburg endlich wieder Mut. Der Aufschwung kommt langsam an. Mehr Arbeit reicht aber nicht, als Sozialdemokratin kämpfe ich für mehr Gute Arbeit. Die schwarzgelbe Bundesregierung hat die Pflicht, sich der mehr und mehr zu beobachtenden Verrohung am Arbeitsmarkt entgegenzustellen. Die SPD pocht darauf, dass die Bundesregierung ihre ungerechte und ökonomisch unsinnige Politik ändert.

Zum Beispiel bei den Kürzungen der Arbeitsmarktinstrumente. Die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen braucht auch bei guter wirtschaftlicher Entwicklung starke Unterstützung. Deshalb haben Johannes Pflug und ich unsere Kri-

tik auch in einem [Offenen Antwortbrief auf ein Schreiben des Evangelischen Kirchenkreises Duisburg deutlich gemacht, den Sie hier nachlesen können.](#)

Vor allem muss die Bundesregierung aber auch ihre Blockadehaltung beim Mindestlohn aufgeben. Im Aufschwung stehen die Chancen gut, die soziale Schieflage auf dem Arbeitsmarkt gerade zu rücken. Erst in der vergangenen Woche hat eine Studie des unabhängigen Wirtschaftsforschungsunternehmens Prognos - wieder einmal - die wirtschaftlichen Vorteile eines Mindestlohns aufgezeigt: Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro könnte sowohl das Ausufernd schlecht bezahlter Jobs beenden als auch staatliche Mehreinnahmen von rund 7 Milliarden im Jahr bringen.

Seit vergangenem Sonntag brauchen auch Beschäftigte aus Polen, Ungarn und Tschechien in Deutschland keine Arbeitserlaubnis mehr. Das darf nicht zu Druck auf die Einkommen in Deutschland führen. Die Öffnung des Arbeitsmarktes muss eine Chance sein. Unsere Wirt-

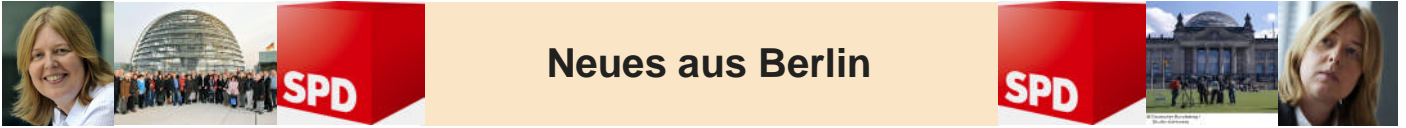
schaft braucht Fachkräfte um weiter wachsen zu können und neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Als Politik müssen wir die Grundlagen schaffen, dass Menschen unabhängig vom Herkunftsland fair bezahlt werden. Es geht nicht um die Herkunft, um Gene oder sonst irgendetwas; es geht um faire Löhne und soziale Sicherheit.

Wir brauchen die gleiche Bezahlung von Zeitarbeitern und Stammbeschäftigten. Dann wird sich schnell zeigen, wo es sich bei der Leiharbeit um ein nützliches Instrument handelt, und wo um reine Lohndrückerei. Faire Löhne heißt aber auch: Lohngleichheit von Frau und Mann. Deshalb kämpft die SPD-Bundestagsfraktion für ein Entgeltgleichheitsgesetz und deshalb diskutieren wir über das Thema Frauenförderung bei meinem ersten politischen Frühschoppen (s. Seite 3).

Vorher gewinnt der MSV aber noch in Berlin den DFB-Pokal. Mein Tipp: 5:4.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Stichwort: Präimplantationsdiagnostik (PID)

Die Entscheidung über die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) ist etwas Besonderes und eine wirkliche Gewissensentscheidung. Am 14. April hat der Deutsche Bundestag in 1. Lesung über die zukünftige gesetzliche Regelung debattiert, noch vor der Sommerpause soll das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen sein. Ich habe mir Zeit für die Vorbereitung meiner Entscheidung genommen, alle Gesetzentwürfe aufmerksam gelesen um ein möglichst umfassendes Bild zu erhalten und meine Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen zu Ende gedacht. Am Ende dieses Abwägungsprozesses stand für mich die Entscheidung, den Gesetzesentwurf meiner SPD-Kollegin Dr. Carola Reimann u.a. zu unterstützen. In diesem fraktionsübergreifenden Gruppenantrag wird gefordert, dass die PID in Ausnahmefällen zulässig sein darf.

Präimplantationsdiagnostik (PID) bezeichnet die genetische Untersuchung von Embryonen aus künstlicher Befruchtung vor der Übertragung in die Gebärmutter. Dabei werden von mehreren Embryonen diejenigen ausgewählt, bei denen bestimmte Dispositionen für Erbkrankheiten oder chromosomale Veränderungen ausgeschlossen werden können. Bisher war die PID durch das Embryonenschutzgesetz verboten.

Der Bundesgerichtshof urteilte am 6. Juli 2010 jedoch, dass das Gesetz kein grundsätzliches Verbot umfasst und damit gesetzlicher Regelungsbedarf besteht. Es liegen drei Vorschläge zur gesetzlichen Regelung vor, die als Gruppenanträge jeweils fraktionsübergreifend am 14. April in den Bundestag eingebracht worden sind.

Selbstverständlich dürfen Menschen nicht wegen einer Behinderung benachteiligt oder gar diskriminiert werden. Das sagt unsere Verfassung und das sagt auch die UN-Behindertenrechtskonvention. Die Umsetzung dieser Konvention ist seit der Ratifizierung im Jahr 2008 ein zentrales Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion. Diese Selbstverständlichkeiten habe ich auch am 9. Januar 2011 in meiner Laudatio zur Ehrung der „Neudorfer Bürger des Jahres“ für den Verein Lebenshilfe betont, die man hier nachlesen kann.

Mit der PID gibt es die Möglichkeit, schwere Erbkrankheiten noch vor der Implantation der Embryonen zu erkennen. Fehl- und Todegeburten und die Weitergabe besonders schwerer Erkrankungen können somit im Vorfeld verhindert werden. Der Staat trägt sowohl die Verantwortung für das geborene als auch für das ungeborene Le-

ben und das bedeutet: Hierbei ist auch der Schutz der Frauen vor schweren körperlichen und seelischen Belastungen sehr wichtig.

Vor allem Paare, die bereits ein schwerkrankes Kind haben oder vielleicht schon eine Todegeburt hatten, sehen sich oft in einem Konflikt. Vorbelasteten Paaren muss die Möglichkeit geboten werden, eigene genetisch gesunde Kinder zu bekommen. Ein Verbot der PID würde dies deutlich erschweren. Eine Untersuchung auf eine mögliche Erkrankung des werdenden Kindes ist dann nur noch im Mutterleib möglich. Diese Untersuchungen sind bereits heute rechtlich zulässig. Allerdings stellen sowohl die Untersuchung und die mögliche Folge einer (Spät-) Abtreibung eine enorme Belastung und Gefährdung für die Mutter dar. Durch die PID wären solche Untersuchungen mit einer deutlich geringeren Gefährdung der Mutter möglich. Es stellt sich uns also auch die Frage, wieso wir eine Untersuchung vor der Implantation verbieten wollen, die nach einer erfolgreichen Implantation erlaubt ist.

An dieser Stelle fehlt leider der Platz für meine ausführliche Stellungnahme. Deshalb klicken Sie bitte hier und lesen Sie die zweite Hälfte des Textes zur PID auf www.baerbelbas.de.



Duisburger Impulse zur Pflege am 30. Mai im Kleinen Prinz

„Zwei-Klassen-Pflege verhindern – Solidarische Bürgerversicherung einführen“ ist das Thema bei meiner nächsten Duisburger Impulse-Veranstaltung am 30. Mai um 18 Uhr im Kleinen Prinz.

Als Referenten sind dabei bei der offenen Diskussionsveranstaltung: Bettina Vootz (Vorsitzende der Alzheimer Gesellschaft), Volker Thierfeld (Vorsitzender der ASG Duisburg), Hajo Schneider (ver.di) und Wolfgang Cohrs (Geschäftsführer des ambulanten Pflegedienstes „Cohrs-Duisburger Pflegeteam“).



BASis-Tag in Arztpraxis: Als Abgeordnete sollte man wissen, wie sich die Politik vor Ort auswirkt. Deshalb habe ich am 5. Mai einen BASIS-Tag in der Huckinger Gemeinschaftspraxis Dr. Ernst-Otto von Reis und Sabine Schuchardt gemacht. Als Mitglied im Gesundheitsausschuss war es mir wichtig, mich über den Alltag in einer Arztpraxis zu informieren, praktische Erfahrungen zu sammeln und mit Patientinnen und Patienten sowie den Beschäftigten zu sprechen.



Am 4. April um 6 Uhr (!) besuchte ich mit meinem SPD-Bundestagskollegen Rolf Hempelmann die Hüttenwerke Krupp Mannesmann.

Blumen zum Muttertag

Auch in diesem Jahr verschenkt die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF) der SPD Duisburg Blumen zum Muttertag und ich bin am morgigen Samstag, den 7. Mai, von 11 bis 12 Uhr in der Innenstadt vor dem Forum dabei. Bei dieser Gelegenheit möchte die AsF auch noch einmal auf das Bildungspaket hinweisen.

Infotag am Heinz-Bünk-Platz

Am 4. Mai durfte ich den Tag der älteren Generation auf dem Heinz-Bünk-Platz in Großenbaum eröffnen. Unter dem Motto „Alter ist, was wir daraus machen“, hatte die SPD-AG 60plus Großenbaum/Rahm zu einem Informationstag eingeladen. Rund 25 Organisationen informierten über ihre Angebote für die ältere Generation.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++09.05.-13.05.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

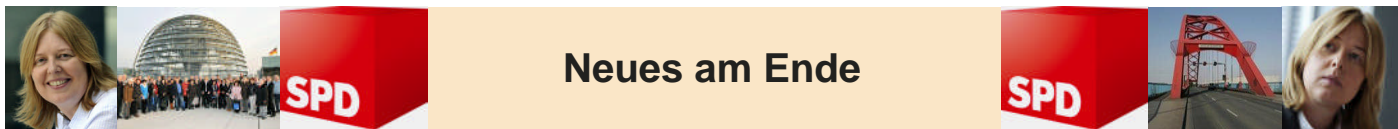
+++16.05.: SPD-Sportforum, Restaurant Regattabahn+++

+++17.05.: SPD-Parteitag in der Rheinhausenhalle+++

+++21.05.: MSV Duisburg - Schalke 04 - 5:4 nach Elfmeterschützen+++

+++23.05.-27.05. Sitzungswochen im Deutschen Bundestag+++

+++Weitere Informationen unter www.baerbelbas.de+++



Neues am Ende



GIRLS DAY bei der SPD:

Die 17-jährige Schülerin Martina Tamm aus Großenbaum begleitete mich am 14. April beim Girls' Day der SPD-Bundestagsfraktion einen Tag lang bei meiner Arbeit im Deutschen Bundestag.

Insgesamt 70 Schülerinnen waren bei der SPD-Bundestagsfraktion zu Gast. Die Mädchen kamen mit zu Terminen, verfolgten eine Plenardebatte und lernten bei einem Planspiel den Weg der Gesetzgebung kennen.

Praktikantin des Monats...war vom 14. März bis 6. Mai in meinem Berliner Büro: Angelika Golaschewski.

Angelika ist 22 Jahre alt und studiert in Duisburg Politikwissenschaft. [Lesen Sie mit einem Klick hier Angelikas Praktikumsbericht.](#)

Neues aus meinem Tagebuch

Manchmal sorgen schon allein die Einladungen zu Veranstaltung für gute Unterhaltung: „Parlamentarischer Abend mit Reinhold Messner“ stand auf der Einladung eines Lobbyverbandes, dazu gab's einen „Praktischen Aufkleber für Ihren Terminkalender“ mit allen Termini (Größe: 1x5 cm). Da musste ich spontan an alte Yps-Hefte denken und nützliche Gimmicks wie „Tipp-Ex für den Bildschirm“.

Der Abgeordnete Willy Zylajew sitzt zwar für die CDU im Gesundheitsausschuss, hat aber auch engagierte Mitarbeiter - und Humor. Deshalb zeigte er mir eine SMS seiner Mitarbeiter nachdem er verspätet zu einer Informations-

veranstaltung zur Ärztlichen Versorgung gekommen war: „Hier sind fast nur SPD-Abgeordnete, das sieht schlecht aus für die CDU. Du musst noch nachkommen.“

Vergangene Woche rauschte einen ganzen Vormittag Radio-Musik aus den Boxen auf den Fluren unserer Liegenschaft Unter den Linden 50. Bei der „Überprüfung der Lautsprecher der elektroakustischen Notfallwarnanlage“ war das Referat für Kommunikationstechnik wohl an den falschen Schalter gekommen. Aus den Boxen dröhnte: Spreeradio. Ich habe dann direkt mal beantragt, dass beim nächsten Mal Radio Duisburg gespielt wird.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607

Fax: 030 / 227 76607

baerbel.bas@bundestag.de

www.baerbelbas.de